

467168-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Isolierte Elektrokabel, -leitungen und -drähte – HS Kabelbeschaffung mit Montage 9664 zwischen den Umspannwerken Hafen (HAFEN) und Gaisburg (GAAUW)

OJ S 128/2026 07/07/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Lieferleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stuttgart Netze GmbH

E-Mail: vergabeberatung@staatsanzeiger.de

Tätigkeit des Auftraggebers: Mit Strom zusammenhängende Tätigkeiten

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: HS Kabelbeschaffung mit Montage 9664 zwischen den Umspannwerken Hafen (HAFEN) und Gaisburg (GAAUW)

Beschreibung: Materialbeschaffung und Montage von 110kV-VPE-Einleiter-Kabel inkl.

Garnituren und Zubehör für den Neubau der Leitungsanlage 9664 vom Umspannwerk (UW)

HAFEN nach UW GAAUW in Stuttgart-Hedelfingen bzw. Stuttgart-Wangen.

Kennung des Verfahrens: a3b4bf0d-f5e6-4394-9152-03397754c8fb

Interne Kennung: SNETZE-2026-0008

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 31300000 Isolierte Elektrokabel, -leitungen und -drähte

2.1.2. Erfüllungsort

Beliebiger Ort

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen einzureichen

Zwingend: - Vertraulichkeitserklärung - Erläuterung Verfahrensablauf -

Projektkurzbeschreibung - Teilnahmeantragsformular - Bewerbererklärung (Anlage A) -

Nachweis Betriebshaftpflichtversicherung und Versicherungsbestätigung (Anlage B) -

Eigenerklärung Jahresumsatz (Anlage C) - Eigenerklärung Referenzen (Anlage D) -

Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Anlage F) - Eigenerklärung

über das Nichtvorliegen von Eintragungen im Gewerbezentralregister (Anlage G) -

Eigenerklärung Russlandsanktionen (Anlage H) - Verpflichtungserklärung LTMG - Erklärung

zu Mehrfachbeteiligungen bzw. zu Beteiligungsverhältnissen Soweit anfallend: -

Eigenerklärung zu Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB (Anlage I) - Eigenerklärung

über Selbstreinigungmaßnahmen (Anlage I) - Eigenerklärung Eignungsleihe einschließlich

geforderter Nachweise (Anlage J) - Nachweis, dass die für den Auftrag erforderlichen Mittel

zur Verfügung stehen (Anlage K) - Haftungserklärung des eignungsvermittelnden

Unternehmens (Anlage K) - Nachweis der Eignung des eignungsvermittelnden Unternehmens
- Erklärung Bewerbungsgemeinschaft (Anlage M) jeweils in deutscher Sprache >> Zugänglichkeit
zu Informationen im Vergabeverfahren: << Bereitstellung der Vergabeunterlagen - Die
Vergabeunterlagen werden ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform
bereitgestellt. Registrierung, Nutzung bestimmter Software - Bei einer Beteiligung am
Vergabeverfahren muss eine eindeutige Bieterbezeichnung sowie eine elektronischen
Adresse (Registrierung) angegeben werden. Die Registrierung hat über das Vergabeportal zu
erfolgen. - Für die Rechtzeitigkeit der Registrierung, die Nutzung der Software (AI
BIETERCOCKPIT) bei Angebotsabgabe und Abgabe von sonstigen Erklärungen etc. ist der
Bewerber/Bieter verantwortlich. Abrufung von Informationen, Zugang von Informationen - Der
Bewerber/Bieter ist für die Abrufung der bereitgestellten zusätzlichen Informationen (z.B.
Antworten auf Bewerber- bzw. Bieterfragen), die sich aus dem Vergabeverfahren ergeben,
eigenständig verantwortlich. Eine gesonderte Bekanntmachung erfolgt - soweit nicht
gesetzlich oder im Rahmen der Vergabeverfahrensordnungen vorgeschrieben - nicht mehr.
Gleiches gilt für etwaige Aufforderungen, Mitteilungen oder sonstigen Erklärungen gegenüber
dem Bewerber/ Bieter. - Mitteilungen an den Bewerber/Bieter, die über die Vergabeplattform
an den Bewerber/Bieter übermittelt werden, gelten mit der Bereitstellung auf der
Vergabeplattform im Bereich des Bewerbers/Bieters als abgesendet. - Der Bewerber/Bieter ist
verpflichtet, seinen Account auf der Vergabeplattform auf den Zugang von Informationen
jeglicher Art hin zu kontrollieren. Mitteilungen an den Bewerber/Bieter (einschließlich
Mitteilungen nach § 134 GWB) werden über das Bewerber-/Bieterpostfach der
Vergabeplattform bereitgestellt. Das Bewerber-/Bieterpostfach der Vergabeplattform hat die
Funktion eines (elektronischen) Briefkastens. Mit Bereitstellung der Mitteilung im
Bieterpostfach auf der Vergabeplattform gehen die Mitteilungen dem Bewerber/Bieter zu. Der
Bewerber/Bieter ist für die Kontrolle des Bewerber-/Bieterpostfachs der Vergabeplattform
eigenverantwortlich zuständig. Der Bewerber/Bieter hat unabhängig vom Zugang zusätzlicher
Nachrichten über einen Posteingang im Bewerber-/Bieterpostfach dieses selbständig auf das
Vorhandensein von Mitteilungen zu kontrollieren. Verwendung der Vergabeplattform,
technische Anforderungen, Verwendung technischer Mittel, Verantwortlichkeiten der
Benutzung - Der Bewerber/Bieter ist für die Eignung der von ihm verwendeten technischen
Mittel verantwortlich. - Der Bewerber/Bieter ist für den rechtzeitigen, vollständigen und
fristgemäßen Zugang seiner Erklärungen verantwortlich. Der Bewerber/Bieter trägt damit
grundsätzlich das Übermittlungsrisiko, es sei denn, dass der Bewerber/Bieter die
unvollständige oder verspätete Übermittlung nicht zu vertreten hat. Der Nachweis obliegt dem
Bewerber/Bieter. - Der Bewerber/Bieter hat die technischen Hinweise des
Vergabeplattformbetreibers zu beachten, zu berücksichtigen und einzuhalten. Notfalls hat sich
der Bewerber/Bieter rechtzeitig mit dem technischen Support des Betreibers der
Vergabeplattform in Verbindung zu setzen. - Der Bewerber/Bieter wird darauf hingewiesen,
dass die maximale Dateimenge des Angebots 300 MB beträgt. - Der Bewerber/Bieter hat die
Systemvoraussetzungen für die ordnungsgemäße Verwendung der Vergabeplattform,
insbesondere der Down- und Uploadfunktionen und der sonstigen Anwendungen der
verwendeten Vergabeplattform sowie die weiteren Nutzungsbedingungen des Betreibers der
Vergabeplattform zu beachten und einzuhalten. - Der Bewerber/Bieter hat sich rechtzeitig vor
dem Hochladen von Unterlagen - insbesondere bei fristgebundenen Erklärungen - zu
vergewissern, dass eine von Seiten des Bewerbers/ Bieters ungestörte Übermittlung der
Erklärungen möglich ist, dazu gehört u.a. die Beachtung der Vorgaben zur Beschränkung der
maximalen Gesamtdatengröße und der Folgen bei einer Überschreitung sowie der
rechtzeitige Beginn mit der Übermittlung

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Korruption: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Betrug: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Zahlungsunfähigkeit: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: HS Kabelbeschaffung mit Montage 9664 zwischen den Umspannwerken Hafen (HAFEN) und Gaisburg (GAAUW)

Beschreibung: Die Stuttgart Netze GmbH beabsichtigt, verschiedene Bau- und Montagearbeiten in Umspann- und Schaltwerken oder Kabel- und Freileitungsanlagen in ihrem Netzgebiet zu beauftragen. Materialbeschaffung und Montage von 110kV-VPE-Einleiter-Kabel inkl. Garnituren und Zubehör für den Neubau der Leitungsanlage 9664 vom Umspannwerk (UW) HAFEN nach UW GAAUW in Stuttgart-Hedelfingen bzw. Stuttgart-Wangen. Der Anschluss der Hochspannungskabel erfolgt an Reservefeldern der GIS-Schaltanlagen in den Umspannwerken. Hierfür stehen Reservefelder zur Verfügung. Die Kabellegung erfolgt in PE-HD-Leerrohren, welche zum Zeitpunkt des Kabelzugs verbaut und kalibriert sind. Die Muffenpositionen sind im Voraus zwischen AN und AG abzustimmen. In den Umspannwerken HAFEN und GAAUW wird am Schaltanlagentyp F35 CB4 von Alstom angeschlossen. Das komplette Kabelsystem bestehend aus Stecker-Buchse-System und zugehöriger Garnituren ist als typgeprüftes Kabelsystem gemäß den einschlägigen Normen DIN EN IEC 62271-209 und DIN VDE 0276-632 zu liefern und zu montieren. Der Auftragnehmer hat die Typprüfung und Systemkompatibilität des gelieferten Kabelsystems gegenüber dem Auftraggeber nachzuweisen und schriftlich zu bestätigen. Der Auftragnehmer übernimmt die Gewährleistung für das gesamte System einschließlich aller Komponenten und deren Schnittstellen. Die für die Montage benötigten Kabelschellen, Befestigungsmaterial, Erdungsmaterial und Stahlkonstruktionen sind Teil dieser Ausschreibung und sind durch den Auftragnehmer zu liefern und zu montieren.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 31300000 Isolierte Elektrokabel, -leitungen und -drähte

5.1.2. Erfüllungsort

Beliebiger Ort

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 15/12/2026

Enddatum der Laufzeit: 15/01/2027

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzen - Eigenerklärung über die Erbringung vergleichbarer Leistungen: Mind. 3 Referenzen Kabelverlegung Mindestanzahl von 3 Referenzen (vergleichbare Leistungen), die innerhalb drei Kalenderjahren durchgeführt und verlegt wurden. Mindeststreckenlänge von 3 km. Referenzliste Die Angaben sind in einer Referenzliste aufzuführen. In der Referenzliste sind zu benennen: - Leistungsumfang - Nettoauftragswert (in EUR) - Leistungszeit (von ... bis) und Streckenlänge - Auftraggeber - Ansprechpartner mit Kontaktdaten, Der Auftraggeber behält sich vor, eine Bestätigung des Referenzgebers einzufordern. Bewerber, die ihren Sitz nicht innerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, haben vergleichbare Nachweise zu erbringen. Nicht deutschsprachige Nachweise sind in als amtliche Übersetzungen in deutscher Sprache vorzulegen. Bewerbergemeinschaften haben die Nachweise in Summe für die Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Haftpflichtversicherung - Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme je Versicherungsfall - für Sachschäden und Vermögensschäden i.H.v. 5 Mio. EUR, - für Personenschäden i.H.v. 5 Mio. EUR je zweifach maximiert durch - Vorlage Kopie Versicherungsschein oder - Vorlage einer Versicherungsbestätigung, dass im Falle der Zuschlagserteilung ein entsprechender Versicherungsschutz gewährt wird. Hinweis: Eine Eigenerklärung ist nicht ausreichend. Es sind die benannten Versicherungserklärungen vorzulegen. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass alle Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Bewerber, die ihren Sitz nicht innerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, haben vergleichbare Nachweise zu erbringen. Die Nachweise sind als amtliche Übersetzungen in deutscher Sprache vorzulegen. Bewerbergemeinschaften können den Nachweis über die Haftpflichtversicherung entweder für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft oder für die Bewerbergemeinschaft erbracht werden (Nachweis der Haftung der Bewerbergemeinschaft).

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung wird zusätzlich die Vorlage folgender aktueller Unterlagen verlangt: - Eigenerklärung: Unternehmensdarstellung (Name, Firma, Anschrift, Rechtsform, Kommunikationsdaten, Leistungsbereiche, Umsatzsteueridentifikationsnummer) zzgl. Organigramm/Darstellung Unternehmensstruktur.

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über den Umsatz der letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahre (2023 - 2025) / Kalenderjahr. - Gesamtumsatz Bieter / Kalenderjahr Bewerbergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung wird zusätzlich die Vorlage folgender aktueller Unterlagen verlangt: - Eigenerklärung: Mitgliedschaft in der Ingenieurkammer, IHK, HWK, Berufsgenossenschaft u. dgl.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung wird zusätzlich die Vorlage folgender aktueller Unterlagen verlangt: -
Registerauszug (z.B. HRA, HRB, GnR, PR, VR)

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Gesamtangebotspreis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.tender24.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19ea5e033d2-230e848766081e0c

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.tender24.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 12/08/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.tender24.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 03/08/2026 11:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich - soweit nicht ausdrücklich anders erwähnt - im Rahmen des rechtlich zulässigen das Nachfordern von Unterlagen vor.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: siehe in den Vergabeunterlagen und Vertragsmuster.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

Finanzielle Vereinbarung: 14 Tagen nach Erhalt einer Teilrechnung mit 3% Skonto oder innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt einer Teilrechnung netto geleistet

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe
Informationen über die Überprüfungsfristen: Es wird auf §§ 155 ff. GWB und insbesondere auf das grundsätzliche Erfordernis einer vorherigen Rüge hingewiesen. Der Auftraggeber weist ferner ausdrücklich darauf hin, dass im Fall der Nichtabhilfe einer von einem Bieter erhobenen Rüge ein entsprechender bei der Vergabekammer eingereichter Nachprüfungsantrag unzulässig ist, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). § 160 Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. 2 Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. 3§ 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. Auf das Hinweisblatt der Vergabekammer Baden-Württemberg, abrufbar unter: https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-Internet/Karlsruhe/Abteilung_1/Referat_15/DocumentLibraries/Documents/15_vk_merkblatt.pdf wird hingewiesen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stuttgart Netze GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stuttgart Netze GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Stuttgart Netze GmbH

Registrierungsnummer: HRB 746547

Postanschrift: Kesselstraße 21-23

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70327

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Einkauf SN KSE

E-Mail: vergabeberatung@staatsanzeiger.de

Telefon: +49 711 66601496

Internetadresse: <https://stuttgart-netze.de>

Profil des Erwerbers: <https://stuttgart-netze.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 721 9268785

Internetadresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/abt1/ref15/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: e7f4f917-b63d-49a8-ba05-0039882b2d8f - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 17

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 03/07/2026 16:28:50 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 467168-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 128/2026

Datum der Veröffentlichung: 07/07/2026